

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Günther Friedrich Nolting, Hildebrecht Braun (Augsburg), Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

– Drucksache 14/6120 –

Reform der Bundeswehrreform

Die Tageszeitung DIE WELT berichtete in ihrer Ausgabe vom 12. Mai 2001, dass sich die Bundeswehr mittelfristig einem Konzentrations- und Änderungsprozess unterziehen müsse, „der alle bisherigen Entscheidungen im Rahmen der jüngsten Strukturreform in den Schatten stellt“. Diese Feststellung war die Quintessenz der Aussagen des für Planung und Konzeption zuständigen Stabsabteilungsleiters im Führungsstab der Streitkräfte des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg).

Im Einzelnen wurde der Stabsabteilungsleiter mit folgenden Aussagen wörtlich zitiert: „Eine Verteilung der Bundeswehr und des Heeres in die Fläche ist nicht mehr machbar. Wenn wir wirklich Geld sparen wollen, dann müssten wir noch viel stärker Kräfte konzentrieren.“ Konkret forderte er die „Konzentration unserer 10 mechanisierten Brigaden und 5 Spezialbrigaden auf maximal 30 Standorte“. Darüber hinaus mahnte er ein gesamtpolitisches Konzept zur Sicherheitspolitik an, das ressortübergreifend erarbeitet und getragen werden müsse, und stellte fest: „Es reicht nicht aus, wenn nur der Verteidigungsminister festlegt, welchem Zweck die Bundeswehr bundesweit dienen soll.“

Diese Aussagen stehen im krassen Widerspruch zu den bisherigen Entscheidungen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, und der Bundesregierung, wie sie z. B. in „Die Bundeswehr – sicher ins 21. Jahrhundert; Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf“ und „Die Bundeswehr der Zukunft – Feinausplanung und Stationierung“ dargelegt sind.

1. Wird im BMVg an einer Reform der Bundeswehrreform gearbeitet?

Das BMVg arbeitet nicht an einer „Reform der Bundeswehrreform“.

2. Wird im BMVg an einem neuen Standortkonzept gearbeitet?

Das BMVg arbeitet nicht an einem neuen Standortkonzept.

3. Plant die Bundesregierung die Schließung und/oder Reduzierung weiterer Standorte?

Weitere Standortreduzierungen sind nicht beabsichtigt; geringfügige Veränderungen im Zuge der Ausplanung der Binnenstrukturen sind jedoch nicht auszuschließen.

4. Plant die Bundesregierung eine Konzentration von Verbänden der Bundeswehr auf wenige Standorte, z. B. die Dislozierung der Heeresbrigaden in jeweils nur zwei Garnisonen?

Eine Konzentration von Verbänden der Bundeswehr auf wenige Standorte ist nicht geplant und widerspricht im Übrigen den vorgelegten Stationierungskriterien.

5. Beabsichtigt die Bundesregierung ihr bisheriges Konzept der flächenweiten Stationierung zu Gunsten einer Konzentration der Bundeswehr auf wenige Großstandorte aufzugeben?

Es ist nicht beabsichtigt, das bisherige Konzept, die Bundeswehr in der Fläche präsent zu halten, zu Gunsten weniger Großstandorte aufzugeben.

6. Hat die Bundesregierung ein gesamtpolitisches Konzept der Sicherheitspolitik?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des im Führungsstab der Streitkräfte im BMVg für Planung und Konzeption zuständigen Stabsabteilungsleiters nach einem gesamtpolitischen Konzept der Sicherheitspolitik?

Die Politik der Bundesregierung folgt einer sicherheitspolitischen Gesamtkonzeption. Sie baut auf der Koalitionsvereinbarung auf und findet ihren Niederschlag in den von der Bundesregierung gebilligten Dokumenten zur Sicherheitspolitik und Reform der Bundeswehr.

8. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass die Bundeswehr von Legislaturperiode zu Legislaturperiode aus Spargründen zur Konsolidierungsmasse zu werden droht?

Die Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf schafft die Voraussetzung dafür, dass die Bundeswehr auch künftig ihren Auftrag erfüllen kann.

Die dazu erforderlichen Maßnahmen in den Bereichen Personal und Material wurden eingeleitet. Die Stärkung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz sowie die Senkung der betrieblichen Ausgaben zu Gunsten der Investitionen sollen modern und auftragsgerecht ausgerüstete Streitkräfte garantieren.

Die Bundeswehr wird auf diese Weise in die Lage versetzt, den notwendigen Modernisierungsprozess in Wehrverwaltung und Streitkräften fortzusetzen, ohne die weiterhin notwendige Konsolidierung der Bundesfinanzen zu gefährden.

9. Wie lautet der Auftrag des im Führungsstab der Streitkräfte im BMVg für Planung und Konzeption zuständigen Stabsabteilungsleiters und hält die Bundesregierung seine gegenüber der Tageszeitung DIE WELT getätigten Äußerungen für mit diesem Auftrag vereinbar?

Wie bereits einleitend dargestellt, stammen die vorgeblich gegenüber der Tageszeitung „DIE WELT“ getätigten Äußerungen nicht von dem im Führungsstab der Streitkräfte im BMVg für Planung und Konzeption zuständigen Stabsabteilungsleiter, sondern von einem anderen Offizier.

In Bezug auf den Inhalt des Artikels hat der betroffene Soldat auf dem Wege der Gegendarstellung festgestellt:

„Der Beitrag ‚Experte: Bundeswehr steht vor tiefgreifenden Änderungen‘ in der WELT vom 12. Mai 2001 weist zahlreiche Fehler auf. Insbesondere meine Äußerungen zur Struktur der Bundeswehr sind völlig aus dem Zusammenhang gerissen und nicht korrekt wiedergegeben. Sie entsprechen nicht dem Gesprächsverlauf. Auch meine Aussagen zu Erfahrungen im Kosovo, die sich nicht allein auf deutsche Kräfte bezogen, wurden in unzulässiger Weise in einen Zusammenhang mit der Bundeswehrplanung gestellt, in den sie nicht gehören und in den ich sie nicht gestellt habe.

Im Ergebnis stellt dieser Artikel eine Verfälschung meiner Äußerungen in einem Gespräch dar, das ich in Hamburg im Zusammenhang mit dem Kommandowechsel bei der Panzergrenadierbrigade 7 ‚Hansestadt Hamburg‘ über die Aufgaben der Brigade geführt habe. Insbesondere habe ich mich nicht zu meinen künftigen Aufgaben als Stabsabteilungsleiter ‚Einsatz‘ im Bundesministerium der Verteidigung geäußert.“

